

Energiewende erfolgreich gestalten

Das Thema Energiewende – mit allen darin enthaltenen Facetten und Politikbereichen, begleitet mich politisch nun schon viele Jahre. Ich bin deshalb froh und auch stolz, als Mitglied der Enquête-Kommission „Neue Energie für Berlin“, die vor anderthalb Jahren vom Berliner Abgeordnetenhaus einberufen wurde, mit an einem umfassenden Abschlussbericht gewirkt zu haben, der inhaltlich tatsächlich Maßstäbe für die Stadt setzt.

Wie kann Berlin den Weg zur Klimaneutralität gehen und welche Rolle spielt dabei die öffentliche Hand? Dies waren die Leitfragen, denen wir uns parteiübergreifend gestellt hatten.

Mit Blick auf ein zu gründendes Stadtwerk habe ich mich als verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion nachdrücklich dafür eingesetzt, dass dieses nicht nur beratende Dienstleistungen übernimmt bzw. kleinteiligere Stromversorgungsanlagen – wie z.B. KWK- oder Solarstromanlagen im Rahmen so genannter „Mieterstrommodelle“ – anbietet. Wir brauchen eine Partizipation am allgemeinen Fernwärme- und Stromnetz mit möglichst eigener Energieerzeugung (sog. „integrierter Netzbetrieb“). Ebenso ist die Netzinfrastruktur von Strom und Gas zu rekommunalisieren, da nur so eine langfristige, gemeinwohlorientierte Energieversorgung in unserer Stadt gewährleistet werden kann.

Die Enquête-Kommission hat hier – zwar nicht an allen, aber doch an überraschend vielen Stellen – eine Einigung erzielt, die wirklich einen vorausschauenden Blick auf Berlin wirft und ganz konkrete Handlungsalternativen aufzeigt. Die Arbeit für uns alle in den vergangenen Monaten hat sich meiner Meinung nach gelohnt!

Ein Meilenstein für Verbraucherrechte: Das neue Verbraucherstreitbeilegungsgesetz

Konflikte zwischen Verbrauchern und Unternehmen spielen im Verbraucherschutz immer häufiger eine große Rolle. Der Weg einer ordentlichen Rechtsverfolgung ist dabei oft langwierig, kostspielig und mitunter mit Risiken verbunden. Eine Abhilfe soll hier das neue Verbraucherstreit-beteiligungsgesetz schaffen, das in den Ausschüssen des Bundestages momentan endberaten wird.

Den Streitparteien soll zukünftig die Möglichkeit gegeben werden, ihre Konflikte außergerichtlich im Rahmen von Schlichtungsverfahren zu beizulegen. Zu diesem Zweck können Unternehmen im Verbund mit anderen Unternehmen externe und unabhängige Verbraucherschlichtungsstellen einrichten. Die Behörden der einzelnen Länder sind für deren Lizenzierung zuständig und halten jeweils eine „Auffangschlichtungsstelle“ vor – für den Fall, dass bestimmte Unternehmen nicht an Schlichtungsstellen partizipieren.

Als verbraucherpolitische Sprecherin der Berliner SPD-Fraktion begrüße ich dieses Gesetzesvorhaben, das die Rechtsposition von Verbraucherinnen und Verbrauchern nachhaltig stärkt und darüber hinaus den Justizapparat entlastet.

Sie suchen Rat in Verbraucherfragen?

Das Team in meinem Abgeordnetenbüro in Zehlendorf ist Ihnen jederzeit behilflich! Gemeinsam analysieren wir Ihren Beratungsbedarf und nennen bzw. vermitteln Ihnen geeignete Ansprechpartner für Ihr Anliegen.

Öffnungszeiten: Mo. - Fr., von 14.00 bis 18.00 Uhr
Onkel-Tom-Str. 1 (nahe Zehlendorf Eiche),
14169 Berlin, Tel. (0 30) 80 90 89 61,
E-Mail: abgeordnetenbuero@irenekoehne.de



Irene Köhne

Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses
Verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion

Meine Arbeit im Abgeordnetenhaus
Ausgabe 3/2015

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

nach einem heißen Sommer hat uns der politische Alltag in Berlin wieder.

Dabei standen auch während und trotz der politischen Sommerpause viele wichtige Themen auf der politischen Agenda.

Zum einen haben wir große Anstrengungen unternommen, möglichst allen bei uns ankommenden Flüchtlingen eine würdevolle Unterkunft in unserer Stadt anzubieten und werden uns auch weiterhin dafür einsetzen. Wer Gewalt, Krieg und Schreckensherrschaft miterlebt hat, muss bei uns aufgenommen und willkommen geheißen werden. Hierzu gibt es keine Alternative.

Ein weiteres zentrales Thema ist die Gestaltung der Zukunft der Energieversorgung. Zu überlegen ist, wie in unserer Stadt langfristig mit Energieinfrastruktur, Energieverbrauch und alternativen Energien umzugehen ist. Ich selbst bin Mitglied der Enquete-Kommission „Neue Energie für Berlin“, die im Abgeordnetenhaus eingerichtet worden ist und diesen Prozess maßgeblich steuert.

Ebenso wichtig wird die Umsetzung des neuen Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes auf Landesebene sein. Als Verbraucherpolitische Sprecherin freue ich mich über diesen „Meilenstein“ SPD-geführter Verbraucherpolitik, der momentan in den Ausschüssen des Bundestages beraten wird.

In diesem Faltblatt finden Sie weitere Informationen zu den genannten Themen. Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen und freue mich auf Ihre Rückfragen, Anregungen, Wünsche und Anliegen.

Mit freundlichen Grüßen

Irene Köhne
Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses

Grüne Dächer für Berlin!

In Berlin werden viele Wohnungen neu gebaut. Die Stadt verdichtet sich immer mehr, gleichzeitig nimmt auch das Verkehrsaufkommen zu und die Bezirke leiden an einer Grünflächen-unterversorgung (bei einem Defizitwert für Steglitz-Zehlendorf von 31%).

Hier könnten begrünte Stadtdächer einen Beitrag dazu leisten, den biologischen Kreislauf in diesem Bereich wieder ins Gleichgewicht zu bringen und darüber hinaus einen positiven Einfluss auf das gesamte Stadtklima zu entfalten. In Kooperation mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt erarbeiten wir im Abgeordnetenhaus eine „Gründachstrategie“ für die Hauptstadt.

Dabei soll es nicht ausschließlich – wie in anderen Großstädten – bei einem Förderprogramm bleiben, das Unternehmen bzw. Besitzern großer Dächer einen Anteil ihrer Aufwendungen für Dachbegrünungen ersetzt.

Wir wollen zusätzlich eine „Kultur der Dach- und Bauwerksbegrünung“ mit Seminaren, Workshops und Wettbewerben. „Guerilla Gardening“ hat vor der Haustüre begonnen – oben auf dem Dach und an den Gebäuden geht es weiter!



Gründächer in der Hamburger Innenstadt

Schauen, was andere machen...

... und diesen die eigene Arbeit vorstellen: So lautete das Motto einer kurzzeitigen Delegationsreise, die ich mit anderen Abgeordneten und mit Unterstützung der Checkpoint Charlie Stiftung Anfang September nach Kalifornien, USA, unternommen habe. Im Rahmen eines dichten Arbeitsprogrammes besuchte unsere Delegation verschiedene Einrichtungen aus den Bereichen der Energie-, Umwelt- und Verkehrspolitik. Sehr interessiert waren die amerikanischen Kolleginnen und Kollegen an der Arbeit unserer Enquête-Kommission und wie wir in Berlin auf die Herausforderungen durch den Klimawandel reagieren.



Unsere Stationen der Reise waren unter anderem das Büro des Gouverneurs Edmund G. Brown in Sacramento, die „California Energy Commission“, die Stadtverwaltungen von Sacramento und San Jose, wie auch die „Metropolitan Transportation Commission“, wo uns Formen alternativer Mobilitätskonzepte im Ballungsraum San Francisco-Oakland vorgestellt wurden.